

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 24

**Artikel:** Kommende Westhilfe an vergehende Sowjetunion  
**Autor:** Pozsgai, Joseph / Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093040>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Kommende Westhilfe an vergehende Sowjetunion

Wenn die Deutschen mit den Russen (oder «Russen») Verträge abschließen, werden die West- und Osteuropäer ebenso wie die Amerikaner hellhörig. So war das zu Bismarcks Zeiten, so war das beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, so war das bei den Moskauer Verträgen von 1970, und heute ist das nicht viel anders, wiewohl das vereinigte Deutschland im Unterschied zu früher in der westlichen Gemeinschaft eingebunden ist, politisch, wirtschaftlich und militärisch.

Das deutsch-sowjetische Verhältnis indessen ist so oder anders ein internationaler Faktor von Belang. Beim Besuch von Gorbatschow in Bonn wurden am 9. November drei Verträge unterzeichnet, deren Tragweite einstweilen noch offenbleibt. Es sei nun verbrieft, meinte Bundeskanzler Kohl, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue zukunfts-gewandte Qualität hätten, die weit ins nächste Jahrhundert hineinreiche. Nun gibt es Zweifel daran, dass der dazu nötige sowjetische Bestand so lange hinhält, aber das ändert nichts am beidseitigen guten Willen hinsichtlich der gemeinsamen Zukunft.

## Die neue Partnerschaft

Der politische «Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit» bezieht sich auf die nächsten 20 Jahre. Beide

Seiten verzichten auf Gewalt. Wenn einer der beiden Staaten angegriffen werden sollte, so werde der andere Staat «dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten». Wenn also beispielsweise China, Japan oder ein Nato-Land die Sowjetunion mit Krieg überziehen würde, müsste sich Bonn neutral verhalten, immer vorausgesetzt, dass die nichtsowjetische Seite als Angreifer definiert würde.

Rennt der so formulierte Gewaltverzicht offene Türen ein? Niemand denkt doch heute an einen Krieg gegen die Sowjetunion. Tatsächlich überdenkt die Nato ihrerseits ihre Militärpolitik und versteht sich als Partner der UdSSR. Das frühere Gegenstück, der Warschauer Pakt, ist faktisch ohnehin schon verschwunden und wird es demnächst auch formell sein. Nato und WP haben sich eben in Paris geeinigt und in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten, dass sie einander nicht als Gegner verstünden. In Europa ist, was die Bürger ohne Kragensterne schon längst begriffen haben, infolge der sozialistischen Selbstauflösung der Antagonismus von früher weg. Immerhin gibt es Nuancen.

So hat es Frankreich beim Abschluss seines jüngsten Kooperationsvertrages mit der Sowjetunion abgelehnt, einen entsprechenden bilateralen Gewaltverzicht einzuschließen.

Die Verträge zwischen Bonn und Moskau gehören zu den ersten aussenpolitischen Akten der gesamtdeutschen Souveränität und sind deshalb auch von chronistischer Bedeutung. Fassbares Gewicht hingegen haben die materiellen Aspekte.

## Geld als honoriertes Tauschgeschäft

Das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, gültig ebenfalls für 20 Jahre, verpflichtet Deutschland zu finanzieller und technischer Hilfe. Das ist als Rettungsaktion gemeint. Soweit es möglich ist, die Sowjetunion durch das Mittel von ausländischer Wirtschaftshilfe vor dem Zusammenbruch zu bewahren, will man nichts unversucht lassen. Auch andere Natostaaten wie Spanien und Italien sind Gorbatschow in diesem Sinn zu Hilfe geeilt, aber Deutschland zahlt am meisten.

Im Vertragswerk, das auf Ersuchen Gorbatschows zustande kam und das Bonn viele Milliarden kostet, kann man die Weiterführung vom Tauschgeschäft «DDR gegen Geld» sehen. Ohne Zweifel hätte die Sowjetunion, wenn sie sich dafür eingesetzt hätte, eine reformierte DDR noch einige Zeit im Lager behalten können, was auch die Kettenreaktion im übrigen Osteuropa verzögert hätte, und so hatte Bonn ein eigenes Interesse daran, den keineswegs zwangsläufigen sowjetischen Verzicht zu honorieren.

## Mitinteressierter Westen

Tatsächlich lässt sich ein analoges Interesse für den Westen en bloc postulieren. Wenn Gorbatschow stürzt, drohen alternative oder kumulative Gefahren aller Art, auch wenn man von der Schimäre einer Restauration des gehabten Systems absieht. Aber es kann eine Militärdiktatur geben, welcher Farbe auch immer und über wieviel Territorium auch immer. Noch wahrscheinlicher ist das schiere Chaos mit Kriegen und Bürgerkrie-



Zeichnung des sowjetischen Karikaturisten Igor Smirnow zum Friedensnobelpreis an Michael Gorbatschow.

## In dieser Nummer

Ein Brückenschlag .....	5
Der russischsprachige SOI-Pressedienst	
Die Unbussfertigen .....	6
Kirchen und sozialistische Vergangenheit	
Kunst aus dem Gulag .....	7
Wo die schlichten Christen waren	
Frieden als Albtraum? .....	8
Jürg Meyer zur Golfkrise	
2 Nachdenken über Westermahnungen .....	10
Ein Beitrag aus der Sowjetpresse	



Die Titelfrage einer trotzkistischen Broschüre. Sie gilt auch unter andern Aspekten.

gen, mit der Verschiebung gewaltiger Menschenmassen nach dem Westen, mit der explosiven Verbreitung der ökologischen Katastrophe, die schon so eine existentielle Bedrohung für den gesamten Kontinent darstellt. Eine Garantie gegen diese Übel gibt es ohnehin nicht, aber das definitive Scheitern der gegenwärtigen Sowjetführung würde die Wendung zum Schlimmern fast zwangsläufig herbeiführen. Es ist denn auch nur logisch, dass praktisch die gesamte «politische Klasse» des Westens einmütig hinter Gorbatschow steht.

Nun hat freilich Gorbatschow die dramatischen Folgen der Systemauflösung sowenig vorausgesehen wie die Westmächte. Der

Zusammenbruch der sozialistischen Ordnung ist keine kalkulierbare Sache, und die losgelassenen Völker sind keine verwaltbare Masse, die sich plangemäss zu bekömmlichen politischen oder wirtschaftlichen Normen führen oder zurückführen liesse.

Allein schon der materielle Aufwand für jede Art von Übergangserleichterung ist ungeheuer. Wie teuer die Schaffung einer privaten Marktwirtschaft zu stehen kommt, zeigt sich Tag für Tag am Beispiel der ehemaligen DDR. Und dabei ist dieses Gebiet in der privilegierten Lage, mit keinerlei nennenswerten Nationalitätenproblemen belastet zu sein und eine Bevölkerung zu haben, die insgesamt die Umgestaltung wünscht, und das erst noch mit mehr Kenntnissen darüber als die meisten Nationen im Osten. Anderswo türmen sich die Schwierigkeiten jeder Art noch höher. Das wird in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei deutlich.

Unter den Westmächten sieht Deutschland schon notgedrungen die Probleme des Ostens am ehesten in ihrer Spannweite. Bei den Amerikanern und Briten mutet man der Marktwirtschaft häufig eine unmittelbare Segenswirkung zu, die sie nicht hat, nicht einmal materiell, weil die Sanierung zunächst kostet, ohne etwas einzubringen. Darüber hinaus gibt es die Illusion, eine genügend funktionierende Marktwirtschaft sei als Allgemeinmittel auch geeignet, die Völker ihre integrationswidrigen Unabhängigkeitswünsche vergessen zu lassen. Die Problemkategorien greifen zwar ineinander, aber das macht noch keine kategoriegerechte Lösung zum Allheilmittel. Die Marktwirtschaft wirkt weder so schnell noch so allgemein, wie sich das der wirtschaftsgläubige Teil des Westens vorstellt.

An der jüngsten KSZE-Konferenz in Paris haben die westlichen Länder insgesamt ihre Bereitschaft bekundet, der Sowjetunion

Fortsetzung auf Seite 4

## LIEBE LESER

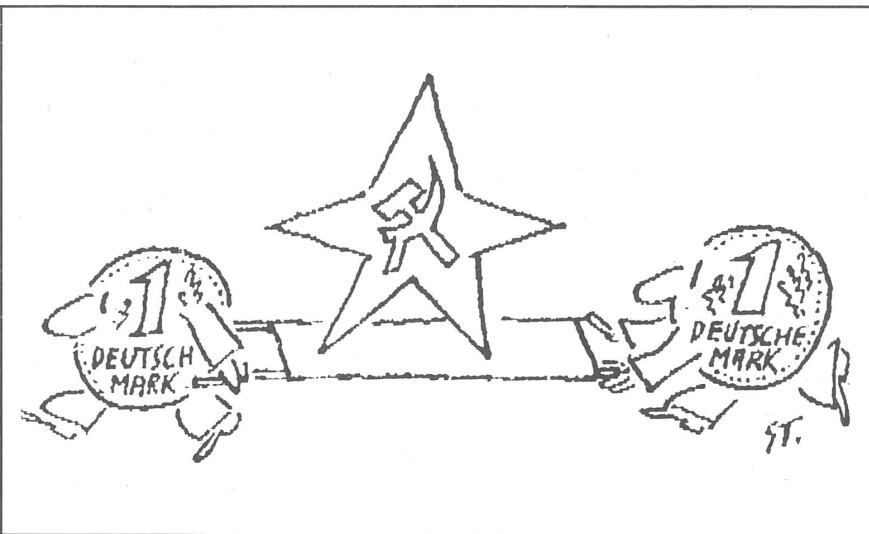
Die Konfrontation der Weltsysteme ist vorüber, und nun kommen die Konflikte des Wandels. Die Motive vervielfältigen sich. In ihrem Hauptteil waren sie zuvor nur verdeckt, aber nunmehr, da sie frei geworden sind, begnügen sie sich nicht damit, zum Vorschein zu kommen, sondern gelangen zu so viel eigenem Wachstum, als ob sie neu geboren seien.

Noch gibt es die Formen der alten Aufteilung, Hüllen, die einiges zusammenzuhalten scheinen und vielleicht auch zusammenhalten können. Im internationalen Leben tritt insbesondere die Sowjetunion als zwar veränderte, aber immer noch bestehende Einheit auf. Ihr Gewicht als Weltmacht wirkt nach, sogar real. So stellt sie heute ein rationales Element der Mässigung in der Golfkrise dar und liefert den Amerikanern möglicherweise eine willkommene Begründung dafür, dass sie ihre Aussenpolitik nicht einfach nach innenpolitischen Geboten führen können. Zwischen den inhaltlich vereinbarten Aussagen «Wir wollen den Frieden, aber wir müssen das internationale Recht durchsetzen» und «Wir müssen das internationale Recht durchsetzen, aber wir wollen den Frieden» liegt die Nuance der Priorität, die in kritischen Situationen so leicht zur Entscheidung zwischen Gegensätzen wird.

Aber jene gleiche Sowjetunion, die vom UNO-Sicherheitsrat an bis zur KSZE in allen internationalen Gremien in ihrem vollen Status gewürdigt wird, ist in ihrer tatsächlichen Konsistenz eine durchaus ungewisse Grösse geworden. Der neue Unionsvertrag, der die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in eine Union Souveräner Sowjetrepubliken umwandeln soll, ist als letzte Chance deklariert worden. Doch der Zeitpunkt, da er als Konsensordnung begrüsst worden wäre, ist vorüber. Bereits ist klar, dass man weder im Baltikum noch im Kaukasus auf den Entwurf überhaupt eintritt, und anderswo trifft er im Minimum auf den Einwand «so nicht».

Was aber dann? Die Antwort wird vermutlich erst aufgrund gewaltiger Erschütterungen kommen, die sich uns einstweilen als Vorgesmack kund tun.

Christian Brügger



Eine FAZ-Karikatur, von «Neue Zeit», Moskau, übernommen.

## Westhilfe

Fortsetzung von Seite 3

unter die Arme zu greifen, im Sinne auch eines vorangegangenen Appells des deutschen Aussenministers Genscher. Eine stabile Sowjetunion ist das, was der Westen begehrt, und die Bereitschaft wächst, dafür auch etwas zu zahlen. Allerdings traut man sich immer noch nicht, die nötigen Dimensionen der Hilfe ins Auge zu fassen.

## Lebenshilfe oder Sterbehilfe?

Eine ursprüngliche Hoffnung ist inzwischen begraben worden; die Hoffnung nämlich, dass die Kredite im Vertrauen auf eine gute Anlage von alleine in die Sowjetunion fließen würden. Würde die Sache lediglich als finanzielles Geschäft verstanden, wäre sie zu riskant. Der Sowjetstaat ist an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geraten. Viele sowjetische Firmen können ihre Rechnungen im Westen nicht mehr bezahlen. Der Erdölexport, Moskaus wichtigste Einnahmequelle, ist dieses Jahr auf die Hälfte zurückgefallen.

Gorbatschow, der Systemveränderer, hat wenig Affinität zu Wirtschaftsfragen. Er hat grosse politische Bewegungen in Gang

gesetzt, die sich jetzt auf der Grundlage einer desolaten Wirtschaft austoben, die völlig ungenügend reformiert worden ist. Hätte er bei der Landwirtschaft angefangen, wäre die Bevölkerung wenigstens einigermaßen gesättigt und für einen ruhigeren Weiterverlauf der neuen Entwicklung zu haben. Politische Freiheiten ohne Brot hingegen führen zu einem eigentlichen Ausbruch der Unzufriedenheit in beliebigen Belangen und in sämtlichen zusammen.

Das hat auch die nationalen Konflikte verschärft. Natürlich wäre die Annahme verfehlt, dass die unterdrückten Völker bei einem besser gedeckten Tisch ihre Unabhängigkeitswünsche vergessen würden, wie denn die diesbezüglichen Kriterien durcheinandergeraten: Die Balten leben besser als die Russen, und die Zentralasiaten leben schlechter als die Russen; schon das lässt eine wirtschaftliche Generaldeutung der nationalen Probleme schlecht aussehen. Der Selbständigkeitswille der Völker äussert sich deshalb, weil er die politische Freiheit erhalten hat, es zu tun, und er ist früher deshalb nicht manifest geworden, weil er von der Diktatur daran gehindert wurde. Aber dass die Wirtschaftslage nicht alles erklärbar macht, bedeutet wiederum nicht, dass sie nichts erklärbar machte. Ein manifestes Versagen der Zentrale in wirtschaftlichen Dingen schwächt selbstverständlich ihre Autorität überhaupt und gibt dem Argument «Ausserhalb der Sowjetunion ginge es uns besser» gewaltigen Auftrieb.

Nicht einmal in Russland, in der RSFSR, glaubt heute irgend jemand daran, dass die sowjetischen Gesamtbehörden in der Lage seien, effiziente Wirtschaftsreformen durchzuführen, und Russland hat diesbezüglich sein eigenes Programm angelassen.

## Zu Pseudoreformen die Scheinsanierung

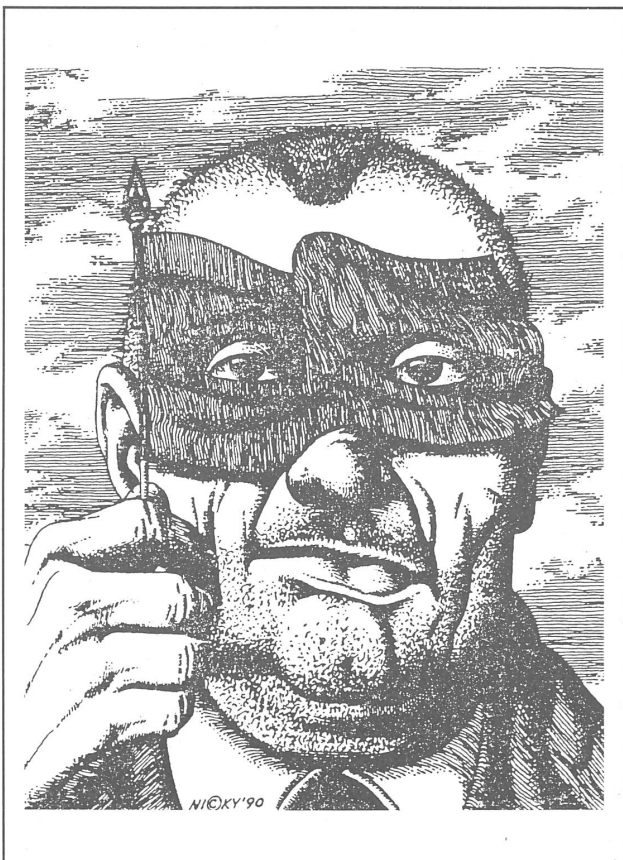
Zu einer scheinbaren Angleichung der Positionen kam es Mitte November, als der Oberste Sowjet der UdSSR fast einmütig einem Vorschlag Gorbatschows zustimmte, ein neues Reformprogramm anzunehmen und die Regierung einer verstärkten Präsidialkontrolle zu unterstellen. Gleichzeitig schaffte man den jungen Präsidialrat ab und rief dafür einen Föderationsrat (bestehend aus den 15 Präsidenten der Republiken) ins Leben.

Indessen zeigt sich schon heute, dass dieses als Krisenbewältigung deklarierte Notprogramm auch nicht funktioniert. Die einzelnen Länder mit Russland an der Spitze lassen sich von ihrer schon zuvor verkündeten und immer deutlicher auch gehandhabten Souveränität nichts mehr abkaufen. Sie schliessen selbstherrlich untereinander Staatsverträge ab, ohne irgendeine sowjetische Koordination zu bemühen, und sie verfahren mit Präsidialdekreten nach ihrem Gutdünken wie zuvor. Die «neue Machtfülle», mit der das Parlament den sowjetischen Präsidenten amtlich bedacht hat, wird nur im Westen für wahr genommen, und wieviel Realität der Begriff der Sowjetunion überhaupt noch umfasst, ist dort fraglicher geworden als je zuvor.

Als Gemeinsamkeit bleibt bald nur noch die materielle Verschlechterung der Lage. Die Wirtschaftsberater Gorbatschows im damaligen Präsidialrat hatten bereits anfang November in einem offenen Brief vor dem damals noch geltenden Sowjetplan der Wirtschaftsreformen gewarnt: «Die Inflationsspirale dreht sich zu schnell, der Verbrauchermarkt bricht zusammen, und die Wirtschaft verliert jegliches Gleichgewicht.»

Die sowjetischen Sanierungskräfte scheinen erschöpft. Wieweit kann da ein Westen nachhelfen, der sich selber nicht übertun will? Deutschland hat den relativ besten Willen, aber das Engagement in der ehemaligen DDR bindet die Mittel selbst dieser wirtschaftlichen Grossmacht Europas. Und auch wenn die andern Länder mitziehen, stellt sich die Frage nach der Rechtzeitigkeit. Bereits ist man bei Programmen der Lebensmittel-Nothilfe angelangt, und so etwas macht jedes der fleissigen Bekenntnisse zur Strukturhilfe unglaubwürdig.

«Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben», hatte Gorbatschow vor gut einem Jahr zum sitzengebliebenen Honecker gesagt. Aber ist die Sozialismusablösung nicht insgesamt schon zu spät gekommen? ■



Aus der roten Fahne heraus schauen.  
(«Starschel», Sofia,  
16. 11. 1990).